

Anlage 3 zum Protokoll: Nachhaltiges Wachstum gestalten – Berlin auf dem Weg zur Klimaneutralität

Das Ziel einer klimaneutralen Metropole Berlin hat nicht erst durch den energiepolitischen Handlungsdruck im Zuge des Ukraine-Kriegs an großer Dringlichkeit gewonnen. Erfolgreicher Klimaschutz und eine konsequente Umsetzung der Energiewende bieten der Berliner Wirtschaft die Möglichkeit, die Hauptstadt mit innovativen Lösungen zum Vorreiter nachhaltiger und resilienter Metropolen zu gestalten.

Diese Chance betont die Wirtschaft auch im Zuge der Debatte um den aktuellen Volksentscheid für ein klimaneutrales Berlin 2030. Dabei stehen aus Sicht der IHK Berlin drei Punkte im Fokus:

1. Klimaneutralität für Berlin bis 2045 ist machbar. Berlin sollte sich trotz dieses bereits ambitionierten Ziels der Herausforderung stellen, die Klimaneutralität nach Möglichkeit auch vor 2045 zu erreichen. Die Wirtschaft wird ihren Beitrag dazu leisten.
2. Auch wenn die Klimaziele für 2020 (minus 40 Prozent) erreicht wurden und der Trend in die richtige Richtung zeigt, sind wir nicht auf dem Zielpfad für minus 70 Prozent bis 2030. Dafür braucht es konsistente Rahmenbedingungen, schnellere Prozesse und den konsequenten Umgang mit Zielkonflikten.
3. Die Berliner Wirtschaft unterstützt das Ziel, die bereits heute im Klimaschutz- und Energiewendegesetz vorgeschriebene Senkung der Emissionen um 70 Prozent bis 2030 zu erreichen. Dieses Ziel für 2030 muss fokussiert, aber nicht verschärft werden.

Im Einzelnen heißt das:

1. Die Wirtschaft unterstützt das Ziel, Klimaneutralität so schnell wie möglich zu erreichen

Das Zielbild einer klimaneutralen Metropole Berlin bietet der Berliner Wirtschaft die Chance, Vorbild, technologischer Vorreiter und Leitmarkt für nachhaltige Technologien zu sein. Es sendet eine Strahlkraft in die Welt und sollte daher so schnell wie möglich erreicht werden. Technologie ist dabei nur ein Erfolgsfaktor. Zudem bedarf es einer Vielzahl von Instrumenten, die in ihrer Zusammenwirkung zur Erreichung von Klimaneutralität in Berlin beitragen. Die Wirtschaft wird ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Transformation leisten und steht als verlässlicher Umsetzungspartner der Energiewende bereit.

Dafür erklären wir:

- Die Berliner Wirtschaft verfolgt konsequent das Ziel, den Klimaschutz in der Hauptstadt aktiv zu unterstützen, die angestrebte Senkung der Emissionen um 70 Prozent bis 2030 und nach Möglichkeit Klimaneutralität vor 2045 zu erreichen.

- Mit innovativen Produkten und Dienstleistungen hat die Berliner Wirtschaft einen maßgeblichen Anteil am Erreichen der Berliner Klimaschutzziele: Bestehende Technologien müssen jetzt noch konsequenter in die Umsetzung der Energiewende einbezogen und Innovationen beschleunigt werden.
- Bei der Umsetzung der Energiewende im Unternehmen geht die Berliner Wirtschaft voran und verstärkt Investitionen in Energieeffizienz und in Maßnahmen zur CO₂-Einsparung.
- Für das Erreichen möglichst ambitionierter Klimaziele braucht die Berliner Wirtschaft einen verlässlichen politischen Partner, der realistische Zeitpläne setzt, die finanziellen Ressourcen für eine erfolgreiche Umsetzung vorsieht und Bereitschaft zeigt, mit der Wirtschaft im Klimaschutz eng zusammenzuarbeiten.
- Gemeinsam schneller sein: Berlin sollte sich im Bund dafür einsetzen, die Anstrengungen für eine schnellere Energiewende und mehr Investitionen in den Klimaschutz zu erhöhen.
- Energiewende gelingt nur mit ausreichend Fachkräften: Die IHK Berlin wird dafür ihr Engagement in Beratung, Service und Weiterbildung für ihre Mitglieder ausbauen und zu relevanten Fördermitteln, zu Energieaudits und Energie- und Umweltmanagementsystemen beraten oder über das „Energie-Scout-Programm“ Auszubildende für betrieblichen Klimaschutz qualifizieren. Die Berliner Wirtschaft bildet im Bereich der IHK aktuell rund 19.500 junge Menschen zu Fachkräften aus, die direkt sowie indirekt am Gelingen der Klimaziele mitwirken. Durch 2,8 Mio. Euro im Rahmen einer Ausbildungsoffensive bis 2024 verstärkt die IHK Berlin ihr eigenes Engagement in diesem Kontext noch. Darüber hinaus erfolgt eine Erweiterung des Leistungsangebots in verschiedenen Bereichen, wie etwa durch die Organisation von Jobmessen und Fachkräfte-Festivals, die Bereitstellung von Qualifizierungsberatung sowie die Information zum Arbeits- und Aufenthaltsrecht.
- Die IHK Berlin wird gute Beispiele und innovative unternehmerische Lösungen durch zielgerichtete Kampagnen noch stärker sichtbar machen, insbesondere durch Wettbewerbe wie den Klimaschutzpartnerpreis, Initiativen zur Circular Economy und zum ressourcenschonenden Umgang mit Wasser sowie als Schirmherrin des Energieeffizienznetzwerks Berlin Plus in der Umsetzung konkreter betrieblicher Klimaschutzmaßnahmen.

2. Um die anspruchsvollen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen stimmen

Der Berliner Senat hat in der „[Machbarkeitsstudie Berlin Paris-konform machen](#)“ Szenarien berechnen lassen, unter welchen Bedingungen Berlin bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden kann. Mit dem zeitlichen Vorziehen des Ziels auf das Jahr 2045, aber auch mit dem energiepolitischen Strategiewechsel seit dem Ukraine-Krieg, hat sich der Rahmen für diesen Prozess verändert. Die grundsätzlichen Annahmen bleiben jedoch bestehen. Das Monitoring der Klimaschutzziele zeigt dabei, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, die Meilensteine auch tatsächlich zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund ist der Ruf der Initiatoren des Volksentscheids nach mehr Verbindlichkeit in der klimapolitischen Zielerreichung ein verständlicher Appell an die Verlässlichkeit politischer Ziel-

setzungen auch über die heutige Generation hinaus. Zentral ist aus Sicht der Wirtschaft darüber hinaus, jetzt die notwendigen Reformen umzusetzen, um die bestehenden Klimaziele sicher – und bestenfalls früher – zu erreichen. Wie auch der Berliner Klimaschutzrat in seiner [Stellungnahme zum Volksentscheid](#) betont hat, sollte der Fokus der Klimapolitik allerdings nicht auf einer Verschärfung der Ziele liegen, sondern auf einer klug instrumentierten und verbindlichen Klimaschutzpolitik.

Aus Sicht der Berliner Wirtschaft geht es vor allem um folgende Punkte:

- Ressortübergreifende Steuerung und Koordination der Klimapolitik als übergeordnetes Prioritätsprojekt
- Klimaziele im regionalen und nationalen Kontext setzen, Ordnungsrecht dort einsetzen, wo EU und Bund offensichtliche Regelungslücken lassen
- Lösungsorientiertes Denken und Handeln in der Verwaltung ermöglichen – Verwaltungsverfahren verschlanken, digitalisieren und Instrument der Genehmigungsfiktion als zentrales Projekt zum Bürokratieabbau nutzen
- Klimaneutralen Gebäudebestand durch gemeinsam mit (Wohnungs-)Wirtschaft und Mietern erarbeitete Lösungspfade für eine sozial gerechte und klimapolitisch ambitionierte Sanierung erreichen
- Technologieoffenheit beibehalten, flexible Lösungen für Klimaneutralität ermöglichen – dabei CO₂-Preis als zentrales und dauerhaft wirksames Leit- und Steuerungsinstrument des Klimaschutzes nutzen und den Ordnungsrahmen konsequent entbürokratisieren
- Berlin gemeinsam mit Brandenburg zur Energiewende-Metropolregion entwickeln
- Digitalisierung mit Energieeffizienz verknüpfen und als Wegbereiter für Klimaschutz nutzen
- Begrenzte Ressourcen und Kapazitäten in der Verwaltung effizient und wirkungsvoll einsetzen – CO₂-Vermeidungspotenzial und CO₂-Vermeidungskosten als primäre Steuerungsgrößen nutzen
- Fachkräfte in Klimaberufen sichern und gewinnen sowie Strukturen für die Erwerbszuwanderung stärken
- Berlin sollte seine Möglichkeiten nutzen, um auf den Bund einzuwirken und dadurch sicherzustellen, dass die Klimaschutzziele erfolgreich erreicht und bestenfalls frühzeitiger umgesetzt werden können
- Konkrete sektorspezifische Ziele festlegen und nachhalten, um Verbindlichkeit und Umsetzungsgeschwindigkeit im Klimaschutz zu erhöhen

3. Die Zielerreichung der aktuellen gesetzlichen Klimaziele 2030 muss fokussiert, aber nicht verschärft werden

Der gesetzliche Rahmen für diese Transformation ist durch das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz aktuell eng gesteckt: bis zum Jahr 2030 ist eine Senkung der klimaschädlichen Emissionen um 70 Prozent vorgeschrieben, bis zum Jahr 2040 eine Senkung um 90 Prozent sowie die vollständige Klimaneutralität bis 2045.

Eine Verschärfung dieses Ziels im Sinne einer Klimaneutralität vor 2045 wird zwar von Teilen der Berliner Unternehmerschaft unterstützt. Die vollständige Dekarbonisierung Berlins bedarf allerdings einer grundlegenden Umstellung der Energie- und Wärmeversorgung, der Mobilität, sowie einer massiven Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen würde der Anpassungsdruck durch die notwendigerweise drastischen Eingriffe so steigen, dass sie ihre nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit verlören.

Hinzu kommen weitere Restriktionen: Da aktuell mehr als die Hälfte des Berliner Strombedarfs importiert wird, kann eine Umstellung des Energiesystems nur im Kontext der gesamten Metropolregion bzw. darüber hinaus gelingen. Im Bereich der Gebäudeeffizienz und Gebäudeenergieversorgung erfordert bereits das 2045-Ziel mehr als eine Verdreifachung der aktuellen jährlichen Sanierungsrate, was angesichts der sich weiter anspannenden Fachkräftesituation gewaltige Herausforderungen mit sich bringt. Allein im Bereich der Bauelektrik fehlen bundesweit schon heute über 17.000 Fachkräfte. Eine zusätzliche Verdopplung dieser Geschwindigkeit – ohne die das 2030-Ziel nicht erreichbar wäre – ist folglich nicht realisierbar. Im Verkehrsbereich sieht das Klimaneutralitätsszenario bis 2030 zwingend eine vollständige Umstellung auf emissionsfreie Antriebe in den nächsten sieben Jahren vor. Die dafür notwendige Ladeinfrastruktur, die Verfügbarkeit technischer Lösungen (insbesondere im Wirtschaftsverkehr) und die Geschwindigkeit der Transformationsprozesse sind darauf nicht eingestellt. Insgesamt fehlt es schon für die heute gültigen Ziele an Strukturen, Prozessen und Strategien, mit denen ein möglichst zügiger Übergang zu einer klimaneutralen Metropole so schnell wie möglich und vor allem verlässlich gelingen kann. Die Verfahren zur Planung und Genehmigung von Energie-, Breitband- und Verkehrsinfrastruktur oder Industrieanlagen erstrecken sich aktuell jedoch über Jahre. Zum Erreichen der ambitionierten Klimaschutzziele wird diese Transformation deutlich schneller stattfinden müssen als bisher. Dafür ist auf allen Ebenen mehr Tempo erforderlich. Mehr denn je ist für eine erfolgreiche Umsetzung von Klimaschutz in Berlin die enge Zusammenarbeit zwischen Politik, starker Verwaltung sowie einer innovativen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft von essenzieller Bedeutung.

Hinweis zum Erstellungsprozess:

Die Ausschussleitlinien der IHK Berlin ermöglichen für die Bearbeitung von kurzfristigen und aktuellen Themen die Bildung von ausschussübergreifenden Ad-hoc-Kompetenzteams, die durch das Präsidium mit einer konkreten Zielsetzung und einem klaren Projektauftrag eingesetzt werden können. Ein solches Ad-hoc-Kompetenzteam für eine Erklärung der Berliner Wirtschaft zu einer möglichen Zielsetzung über ein klimaneutrales Berlin bis 2030 unter Federführung des Ausschusses „Vernetzte und ökologische Stadt“, wurde vom Präsidium der IHK Berlin im Februar 2023 eingesetzt.